

Patriotisch Liberal

–

zwei Gegensätze oder das Schweizer Ideal



Interdisziplinäre Arbeit W&R

Luca Heinrich G5

Abb. 1- 3

Inhalt

1 Einleitung.....	2
2 Hauptteil.....	2
2.1 Begriffserklärung	2
2.2 Untersuchung	3
2.3 Unabhängigkeit.....	4
2.4 Sicherheit.....	5
2.4.1 Investitionen, Bedrohungen	6
2.4.2 Repräsentation	7
2.4.3 Neutralität	8
3 Fazit.....	9
3.1 Kombination	9
3.2 Einstellung	10
3.3 Erfahrungen	10
4 Abbildungsverzeichnis	11
5 Literaturverzeichnis	11
6 Anhang.....	12
6.1 Interview mit Korpskommandant Aldo C. Schellenberg	12
6.2 Interview mit FDP-Ständerat Martin Schmid	19
6.3 Interview mit SVP-Nationalrat Lukas Reimann	22

„Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.

Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.

(Art. 2 Abs. 1+2 der Bundesverfassung über den Zweck der Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, SR 101).

Titelblatt

Abb. 1 Schweizer Fahne, http://www.schaeublinarch.ch/var/corporate/storage/images/licht-reklame/beleuchtung-paradeplatz/vogelperspektive/3121-1-ger-DE/Vogelperspektive_imagelarge.jpg

Abb. 2 Patrouille Suisse, http://www.hero.ch/tl_files/Hero%20Schweiz/content/ueberuns/content_hero_schweiz.jpg

Abb. 3 Paradeplatz Zürich, http://www.schaeublinarch.ch/var/corporate/storage/images/licht-reklame/beleuchtung-paradeplatz/vogelperspektive/3121-1-ger-DE/Vogelperspektive_imagelarge.jpg

1 Einleitung

Patriotisch Liberal ist als politische Einstellung eher unbekannt, dennoch kann sie manch einem als unrealistisch und als Gegensätze vorkommen, anderen kann sie als Schweizerisches Ideal vorkommen und als Erfolgsrezept des heutigen Wohlstands. Seit jeher sind die Leute nicht gleicher Meinung und streiten auch gerne einmal über die „richtige Meinung“, die es zu vertreten gilt. Zudem ist es entscheidend, wo jemand seine Interessen und Prioritäten setzt. Sei es, ob es um die soziale Gleichberechtigung geht, um das Umweltbewusstsein, um die Wirtschaft oder auch um die Unabhängigkeit der Schweiz. In dieser Arbeit geht es besonders um die beiden letztgenannten Punkte, um die Wirtschaft und die Unabhängigkeit unseres Landes. Die Wahl fiel auf dieses Thema, weil ich meine persönliche politische Ausrichtung als Patriotisch Liberal bezeichnen würde. Aufgrund dessen habe ich mich dazu entschieden, die Zusammenhänge genauer zu untersuchen.

Der Inhalt dieser Arbeit ist eine schriftliche Befragung von verschiedenen Personen insbesondere über die Möglichkeit einer weiterhin florierenden Wirtschaft, ohne auf die Unabhängigkeit und die Freiheit verzichten zu müssen, denn beide Begriffe können sich auf den ersten Blick in den Interessen widersprechen. Aus diesem Grund handelt es sich bei den Interviewpartnern um Fachpersonen auf diesem Gebiet. Von den folgenden Personen erhielt ich fachkundige und umfassende Antworten:

Vom Bündner FDP-Ständerat Martin Schmid, von Korpskommandant Aldo C. Schellenberg, Kommandant der Schweizer Luftwaffe, und vom St. Galler SVP- Nationalrat Lukas Reimann. Bewusst wurden nur Personen aus dem rechtsbürgerlichen Umfeld ausgewählt, da diese auf diesem Gebiet in meinen Augen das grösste Fachwissen mitbringen.

2 Hauptteil

2.1 Begriffserklärung

Patriotisch Liberal sind zwei Begriffe, die nicht immer selbsterklärend wirken, denn für viele dürfte besonders der Umstand verwirrend sein, dass diese beiden Ausrichtungen zusammen stehen.

Patriotisch bedeutet „vaterlandsliebend“ bzw. „vaterlandsfreundlich“¹, somit bedeutet es, dass man damit einfach das Beste für sein eigenes Land will und auch bereit dazu ist sich

¹ Vgl. Duden(2013) Artikel: „patriotisch“ Begriffserklärung

dafür einzusetzen, dafür zu kämpfen und im nötigsten Fall für das Vaterland zu sterben. Somit steht neben dem Wohlstand auch die Sicherheit der Schweiz im Vordergrund.

Liberal bedeutet „aufgeklärt“, „freiheitlich“ oder auch „freidenkend“². Die liberale Ausrichtung setzt sich für die Freiheit des Individuums und die Chancengleichheit ein. Ebenso versucht sie, die Staatsmacht in Schranken zu halten und das föderalistische System zu unterstützen.

„Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.

Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.

Sie sorgt für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern.

Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.“(Art. 2 der Bundesverfassung über den Zweck der Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, SR 101).

So lautet der zweite Artikel der Bundesverfassung, er erklärt bereits, dass die Schweiz versucht, in ihrer Unabhängigkeit besonders den Wohlstand der Bevölkerung zu fördern.

2.2 Untersuchung

Nun geht es um die Frage, ob und wie sich diese beiden Begriffe ergänzen oder sich eher widersprechen. Ob das Schweizer Ideal darauf basiert oder ob es das Land zerreißen könnte. Auf die Frage, wie sich die Begriffe zueinander verhalten, meinte Korpskommandant Schellenberg, sie würden sich optimal zueinander verhalten und die Grundlage des Einzelnen im Verhalten zum Staat beschreiben. Was das Verständnis der patriotisch liberalen Ausrichtung angeht, so war diese für alle drei Interviewteilnehmer ohne weiteres klar. Allerdings ist ihre Einstellung dieser Ausrichtung gegenüber verschieden. Umso überraschender klingt Korpskommandant Schellenbergs Antwort auf die Frage, wie er seine eigene politische Einstellung beschreiben würde: „Durchaus genau so: patriotisch-liberal.“³



Abb. 4 FDP- Ständerat
Martin Schmid

² Vgl. Duden (2013) Artikel: „liberal“, Begriffserklärung

³ Schriftliches Interview, 23. April 2015

Ziemlich naheliegend klingt bereits der Inhalt der Antwort-Mail von Lukas Reimann: „Das Thema „patriotisch-liberal“ interessiert mich brennend, da ich mich als patriotisch-liberal bezeichnen würde ;)[...].“⁴

Ähnlich positioniert sich Ständerat Martin Schmid, in seinem Interesse liegen besonders die Freiheit und ein geringer staatlicher Einfluss, ebenso auch ein gewisser Konservatismus, was staatliche Institutionen und das föderalistische System angeht.

Somit handelt es sich bei den Befragten sicherlich um Fachpersonen auf diesem Gebiet, was für ein klares Ergebnis unabdingbar ist.

2.3 Unabhängigkeit

Im Interesse aller Teilnehmer liegt die Unabhängigkeit der Schweiz. Sie treten dafür ein, dass sich diese weiterhin möglichst wenig von ausserhalb beeinflussen lässt. Besonders die verwaltungsorientierten „bürgerfernen“ Systeme der EU stossen bei den Interviewpartnern auf Widerstand und sind für sie innerhalb der Schweiz unvorstellbar. Den grössten Vorteil der EU sieht Ständerat Schmid in der Friedenserhaltung innerhalb Europas, was für die Schweiz allerdings kein Grund sei, etwas an ihrer Position zu ändern.

Über die genauen Beziehungen insbesondere zur Europäischen Union sind die Meinungen fast ausnahmslos ähnlich. Die Notwendigkeit einer starken und guten Beziehung zur EU wird als bedeutungsvoll angesehen, um den Wirtschaftsstandort Schweiz nicht zu gefährden. Man sollte sich jedoch nicht allzu viel diktieren lassen und Grenzen setzen, besonders auch was das System angeht, so ist es kein Thema, sich von den ausländischen politischen Systemen beeinflussen zu lassen. Die direkte Demokratie ist zu erhalten, da diese nicht nur die Gleichberechtigung im Volk aufrechterhält, sondern auch ein wirtschaftsfördernder Faktor ist.

Allerdings wird auch auf die Gefahr für die Wirtschaft in der direkten Demokratie hingewiesen, dass sich besonders Initiativen wie die Masseneinwanderungsinitiative schlecht auf die Schweizer Volkswirtschaft auswirkend könnten. Ebenso wäre es verheerend für den Wirtschaftsplatz Schweiz gewesen, wäre die Ecopop-Initiative angenommen geworden. So versucht besonders der Bundesrat die Interessen des Volkes mit jenen der Wirtschaft in der Zusammenarbeit mit der EU zu kombinieren.⁵

Nicht alle Interviewpartner sehen eine Gefährdung der direkten Demokratie durch die indirekten Demokratien im Ausland, da ihre Nachteile dem Schweizer Volk bereits zahlreiche

⁴ Schriftliches Interview, 17. April 2015

⁵ Vgl. Flückiger, J (11. 2. 2015) *NZZ: Bundesrat setzt auf Verhandlungen mit der EU* (Artikel vom 12. 2. 2015)

Male aufgezeigt worden seien, wie Ständerat Schmid meinte. Nationalrat Reimann hingegen sieht in der Annäherung zur EU eine Gefahr für die direkte Demokratie und somit für die Schweiz, die zur Nettozahlerin würde: „Ja, je mehr wir uns annähern! Als Schweiz haben wir jedoch die Möglichkeit zu zeigen, dass es ohne EU besser geht und dass es Alternativen gibt. Das tun wir. In den verschiedensten Statistiken bezüglich Innovationskraft, Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit, geringe Schuldenlast, Stabilität und vieles mehr überflügeln wir die EU bei weitem. Einen vernünftigen Grund der EU beizutreten gibt es nicht! Im Gegenteil: Als EU-Mitglied würden wir zum Nettozahler eines maroden Konstrukts und die einmaligen Volksrechte würden reine Makulatur.“⁶

Besonders für eine sichere Wirtschaft spreche das Schweizer Regierungssystem. Während in anderen Ländern mit parlamentarischen Demokratien ständig andere Koalitionen die gesamte Regierung und das Parlament „beherrschen“, steht die Schweiz ziemlich im Gleichgewicht. Die Konkordanz hält eine Vertretung aller Interessensgruppen in der Schweiz aufrecht und lässt somit auch einen besser kalkulierbaren Zukunftsplan für Firmen zu. So meinte auch Korpskommandant Schellenberg dazu: „Parlamentarische Demokratien tendieren zu Regierungs/Oppositions-Konstellationen mit wechselnden Mehrheiten. Dadurch kann die für langfristige Standorts- und Investitions-Entscheidungen zwingend notwendige politisch/ökonomisch/rechtliche Stabilität verloren gehen.“⁷

Dies scheint ein weiterer Erfolgsfaktor zu sein, der als sehr wertvoll angesehen wird, sei es aus wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Sicht. Auf diese Weise werden ständig wechselnde Gesetze und Vorschriften für Unternehmen verhindert, und es besteht für Firmen eine politische Sicherheit, die kaum ein anderes Land auf der Welt bieten kann. Allerdings müsse das so weitergeführt werden, wie die Interviewpartner meinen, um eine auch in Zukunft florierende Volkswirtschaft gewährleisten zu können. Generell hält besonders Nationalrat Reimann die EU für ein schädliches Konstrukt innerhalb Europas, das die Vielfalt zerstöre, die Europa durch den Wettbewerb zwischen den Staaten zum Erfolg geführt habe.

2.4 Sicherheit

Kein Land, das die Sicherheit von Firmen und Bürgern nicht gewährleisten kann, besitzt eine starke Volkswirtschaft, so gilt dies auch für die Schweiz, denn diese kann die Sicherheit bis anhin gewährleisten. Somit war es von Interesse herauszufinden, ob in der Schweiz für ein

⁶ Schriftliches Interview, 23. April 2015

⁷ Schriftliches Interview, 17. April 2015

stärkeres Wirtschaftswachstum die Sicherheit und Infrastruktur vorhanden sind, ebenso liesse sich dadurch die Unabhängigkeit stärken.

„Ja, Stabilität und Sicherheit sind wichtige Erfolgsfaktoren für den Wirtschaftsfaktor Schweiz“⁸, antwortete Nationalrat Reimann auf die Frage zur Wichtigkeit der Sicherheit in der Schweiz für den Wirtschaftsstandort.

2.4.1 Investitionen, Bedrohungen

Die Meinungen über die Investitionsrichtungen und die Notwendigkeiten der einzelnen Bereiche scheiden sich allerdings weitgehend. Ein aufklärendes Zitat zu diesem Punkt hat Korpskommandant Schellenberg in seinem Interview erwähnt: „Sicherheit ist die Basis von allem. Sicherheit ist nicht alles – aber ohne Sicherheit ist alles nichts.“⁹

So ist es verständlich, dass Korpskommandant Schellenberg sich als fachkundige Person besonders für ein höheres Armeebudget ausspricht: „Sicherheit ist nicht gratis zu haben und die Armee ist in der Schweiz die einzige strategische Reserve zur Wahrung der Sicherheit und der Resilienz unsers (Wirtschafts-)Standortes.



Abb. 5 Korpskommandant Aldo C. Schellenberg Kdt. Lw.

In den letzten 20 Jahren wurde die Armee als finanzieller Steinbruch für die übrigen, stark wachsenden Staatsaufgaben gebraucht: Während sich seit 1990 das Bundesbudget ca. verdoppelt hat, sind die Ausgaben für die Sicherheit nominal knapp gleich geblieben. Real sind sie um fast 40 Prozent gesunken.

Dieser Trend muss zwingend umgedreht werden. Die Armee ist sonst nicht in der Lage, die Truppen vollständig auszurüsten und obsoletes Material nachhaltig zu ersetzen.

Für die aktuell geplante Armeereform sind faktisch 5,4 Milliarden CHF p.a. notwendig. Zur Zeit sind politisch nicht einmal 5,0 Milliarden CHF p.a. gesichert. Wenn Leistungsauftrag und dafür zur Verfügung gestellte Ressourcen mittelfristig nicht im Einklang sind, muss der Leistungsauftrag angepasst werden.“¹⁰

Ständerat Schmid hingegen hält eine Erhöhung der Verteidigungsbudgets nicht für notwendig und sieht einzig Handlungsbedarf bei der Polizei: „[...]für die Sicherheit ist die

⁸ Schriftliches Interview, 23. April 2015

⁹ Schriftliches Interview, 17. April 2015

¹⁰ Schriftliches Interview, 17. April 2015

Polizei in erster Linie zuständig, und nicht die Armee. Sicherheit ist eine der Kernaufgaben des Staats.“¹¹

Zu diesem Punkt vertritt Nationalrat Reimann eine ähnliche Haltung wie Korpskommandant Schellenberg: „Gerade in weltweit unsicheren Zeiten und anlässlich der weltweiten Unsicherheiten, sorgt eine starke Armee auch für Wohlstand und Wirtschaftlichkeit“¹²

Allerdings muss auch gesehen werden, dass sich mit dem Fall der einstigen Sowjetunion die Bedrohungslage für die Schweiz nach 1990 stark verändert hat, doch müssen nun neue Krisenherde wie die Ostukraine in die Schweizer Risikoplanung mit einbezogen werden. Insbesondere wird nun auch der Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Terrorismus¹³ gelegt, der eine chronische Bedrohung für die Schweiz darstellt. So ist es wichtig, besonders in Spezialeinheiten zu investieren, allerdings gehen die Meinungen darüber auseinander, ob diese von der Armee stammen sollen oder von der Polizei, wo vor allem in den letzten Jahren investiert wurde.

So schrieb die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller Sutter in einer Interpellation: „Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine sowie die Spannungen im Südchinesischen Meer deuten darauf hin, dass sich die geopolitische Lage in Europa und der Welt verändert und sich eine neue "Blockbildung" etabliert. Die "neue Ordnung" nach dem Fall der Mauer 1989 erodiert zunehmend. Es entwickeln sich neue Kräfteverhältnisse. [...]“¹⁴

Diese Interpellation weist darauf hin, dass sich das Gleichgewicht der Mächte allmählich verschiebt, ebenso wie die Art der Kriegsführung, die immer mehr von den technischen Gegebenheiten abhängig ist.

Denn keine Firma lässt sich in einem Land nieder, in welchem sie ein grosses Risiko für die Sicherheit ihrer Arbeitnehmer und ihrer Anlagen sieht. Besonders nicht, wenn es sich um ein Land handelt, in dem das Handeln mit grossen Investitionskosten verbunden ist.

2.4.2 Repräsentation

Umso wichtiger ist es für ein Land wie die Schweiz, pressepräzise und repräsentative Konferenzen zu veranstalten, um sich für ausländische Firmen als attraktiv darzustellen. Wohl ist dieser Bereich mit hohen Sicherheitskosten verbunden, doch können diese zum Nutzen der Wirtschaft direkt umgesetzt werden. Nur schon die Bekanntheit alleine verschafft der Schweiz einen Bonus auf dem internationalen Markt. So antwortete Ständerat Martin

¹¹ Schriftliches Interview, 17. April 2015

¹² Schriftliches Interview, 23. April 2015

¹³ Nachrichtendienst des Bundes 2013 *Lagerbericht*

¹⁴ Keller- Sutter, K.(8.9. 2014) *Interpellation: Neutralität als Chance und Notwendigkeit für die Schweiz im veränderten internationalen Umfeld*

Schmid auf die Frage, ob diese Konferenzen sich lohnen würden: „Ja, diese Anlässe haben auch eine grosse Breitenwirkung; [...]“¹⁵

2.4.3 Neutralität

Seit der Gründung des Bundesstaates wurde die Schweiz nicht mehr in grössere kriegerische Handlungen hineingezogen, während der Rest Europas im letzten Jahrhundert sich gegenseitig zwei Mal zerfleichte. Es wäre eine Lüge zu sagen, die Schweiz hätte unter den beiden Weltkriegen nicht gelitten, doch im internationalen Vergleich lassen sich die nachwirkenden Schäden beinahe vernachlässigen. Es ist allerdings kein Zufall, dass die Schweiz durch die Feldzüge insbesondere der Achsen- bzw. der einstigen Mittelmächte aber auch durch die Alliierten, verschont wurde. Der Grund dafür liegt in der Neutralität, die, neben der geografischen Lage, dafür verantwortlich ist, dass die Schweizer Wirtschaft nach den beiden Kriegen nicht am Boden lag, sondern „durchstarten“ konnte, während sich die anderen Länder im Aufbau befanden. Diese Neutralität ist allerdings nicht gratis für die Schweiz, sie ist mit hohen Kosten verbunden, so nahm auch Korpskommandant Schellenberg Stellung dazu: „Völkerrechtlich ist die Schweiz zur bewaffneten Neutralität verpflichtet.



Abb. 6 SVP- Nationalrat
Lukas Reimann

Die Armee muss in der Lage sein, den in der Bundesverfassung umschriebenen Auftrag zu erfüllen:[...].“¹⁶

So muss diese erhalten werden, um für internationale Grosskonzerne eine Zukunftssicherheit zu gewährleisten, besonders in dieser Zeit, wo erneut eine Krise zwischen verschiedenen Grossmächten droht. Folglich ist es besonders für grosse Firmen von Interesse, insbesondere den Dienstleistungsbereich und den Steuersitz in die Schweiz zu verlegen, um von internationalen Politspielchen unabhängig zu sein. Was den Industriesektor betrifft, so ist der Wirtschaftsstandort Schweiz besonders für High-Tech Konzerne interessant, die ihre Forschung über viele Jahre vorantreiben und somit bei internationalen Wirren ihr gesamtes Kapital in einem betroffenen Land verlieren könnten. Obwohl es weltweit schon zu unzähligen Verletzungen der Neutralität gekommen ist, konnte die Schweiz die ihre wahren, sei es durch Diplomatie oder durch eine verhältnismässig

¹⁵ Schriftliches Interview, 17. April 2015

¹⁶ Schriftliches Interview, 17. April 2015

grosse Armee. Die Schweizer Neutralität steht unter dem Schutz des Den Haager Abkommens:

„Das Neutralitätsrecht, das in den Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 kodifiziert wurde, ist Teil des Völkergewohnheitsrechts. Es legt die Rechte und Pflichten eines neutralen Staates fest. Das wichtigste dieser Rechte ist die Unverletzlichkeit des Staatsgebiets. Zu den wichtigsten Pflichten eines neutralen Staates gehört es,

- sich der Teilnahme an Kriegen zu enthalten
- seine Selbstverteidigung sicherzustellen
- alle Kriegsparteien im Hinblick auf den Export von Rüstungsgütern gleich zu behandeln
- den Kriegsparteien keine Söldner zur Verfügung zu stellen
- den Kriegsparteien sein Staatsgebiet nicht zur Verfügung zu stellen.“

(1. Kap. Den Haager Konvention über die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs vom 18. Oktober 1907, SR. 0.515.21) ¹⁷

Somit lässt sich für Konzerne ihre Zukunft besser kalkulieren, was für die Schweiz starke Vorteile bringt. Allerdings gibt es auch da keine Garantien, dennoch existiert mehr Sicherheit, da besonders durch Investitionen die Staatseinnahmen steigen, was wiederum die Möglichkeit auf ein höheres Sicherheitsbudget erbringt. So könnten weiteren Firmen interessante Standorte geboten werden. Auf diese Weise liesse sich die gesamte Wirtschaft durch die bestehende Neutralität fördern, genauso wie das internationale Bild der Schweiz, das besonders durch die internationale Vermittlerrolle geprägt wird. Ein guter Blick darauf gewährt die Rolle, welche die Schweiz im Ukraine- Konflikt eingenommen hat, insbesondere Bundesrat Didier Burkhalter, der durch seine gute Arbeit als Vorsitzender der OSZE internationale Bekanntheit erlangt hat und nun als künftiger Generalsekretär der UNO gehandelt wird.

3 Fazit

3.1 Kombination

Gemäss den Meinungen meiner Interviewpartner lassen sich die Begriffe „patriotisch“ und „liberal“ sehr gut nebeneinanderstellen, keine Gegensätze bestehen dazwischen. Obwohl es Interessenkonflikte geben kann, werden diese vermutlich früher oder später überwunden werden können. Bewusst wählte ich keine Interviewpartner aus dem linken Lager, denn

¹⁷ Vgl. Eidgenössisches Departement für äussere Angelegenheiten

deren Meinung ist keinem der beiden Begriffe gut gesinnt. Deshalb wollte ich besonders die Meinungen der Fachpersonen auf diesem Gebiet hören, die mindestens eine dieser Einstellungen teilen.

3.2 Einstellung

Besonders der Korpskommandant teilt meine Meinung über das Schweizer Ideal, er hält diese Einstellung für das Schweizer Ideal und die Grundlage für den Erfolg der modernen Schweiz: „Die (bröckelnde) patriotisch-liberale Politikultur in der Schweiz.“¹⁸

Doch als einer von vielen sieht auch er jenen Wandel, den auch ich befürchte, er sieht die patriotisch-liberale Politikultur der Schweiz „bröckeln“. Es gibt jene, die sich immer weiter in die Abschottung bewegen, was für die Wirtschaft immens schädlich ist, doch gibt es auch jene, die für eine so starke Öffnung sind, so dass sich die Schweiz rasch überschulden könnte, was wiederum schädlich für die Wirtschaft wäre.

Des Weiteren erscheint es, als müsste die Schweizer Sicherheit gefördert werden. Persönlich denke ich, dass das Fachwissen eines hochrangigen Militärs in diesem Bereich höher einzuschätzen ist und somit wurde meine Überzeugung bestätigt, die Schweiz müsste mehr in ihre Armee investieren, um in erster Linie die Sicherheit des Schweizer Volkes, aber auch die Erhaltung der Schweizer Ideale und die Sicherheit von Investitionen ausländischer Firmen und Anleger gewährleisten zu können.

Ich wurde in meiner Einstellung durch hochrangige Politiker mit Fachwissen auf diesem Gebiet bestätigt. Allen scheint sie als optimal für die Schweizer Zukunft und als Basis für eine florierende Wirtschaft. So gilt es, die Schweizerischen Ideale, insbesondere die direkte Demokratie, die Freiheit und die Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten, um den Wohlstand der Schweizerischen Eidgenossenschaft auch in Zukunft zu sichern. Somit scheint es mir eine Antwort auf meine Frage zu geben; Patriotisch Liberal ist das Ideal, das die Schweiz zum Erfolg geführt hat, zum Erfolg führt und in Zukunft vermutlich noch zum Erfolg führen wird.

3.3 Erfahrungen

Persönlich war diese Arbeit für mich sehr lehrreich und schenkte mir einen ersten Ausblick auf die Maturaarbeit, insbesondere deswegen, da ich gerne in dieselbe Richtung arbeiten würde. Zudem erhielt ich Einblicke in die Meinungen von Personen, die in hohen Stellungen arbeiten. Speziell könnte sich der Kontakt zu Nationalrat Reimann besonders für die Maturaarbeit als nützlich erweisen. Er selbst interessiert sich ebenfalls besonders für dieses Thema und hat deswegen ein erstes Mal den Begriff „patriotisch- liberal“ in einem Interview

¹⁸ Schriftliches Interview, 17. April 2015

mit der Weltwoche vom 30. April verwendet. Ebenso werde ich mit Sicherheit von seiner Einladung ins Bundeshaus profitieren können.

4 Abbildungsverzeichnis

Abb. 4 FDP- Ständerat Martin Schmid,

<http://www.nationalpark.ch/tasks/sites/de/assets/Image/Martin-Schmid.jpg>

Abb. 5 Korpskommandant Aldo C. Schellenberg Kdt. Lw

http://www.lw.admin.ch/internet/luftwaffe/de/home/die_luftwaffe/people/Schellenberg.parsys

Abb. 6 SVP- Nationalrat Lukas Reimann

<http://www.bilderberger.ch/wp-content/uploads/Lukas-Reimann-200x300.jpg>

5 Literaturverzeichnis

Bibliographisches Institut GmbH (2013) *Duden Onlinewörterbuch* (Auflage von 2013)

<http://www.duden.de>

Bundesverwaltung (2014) Hauptseite, <https://www.admin.ch>

Eidgenössisches Departement für äussere Angelegenheiten (2013) Neutralitätsrecht der Haager Konvention

<https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/voelkerrecht/neutralitaet.html>

Flückiger, J (11. 2. 2015) NZZ: *Bundesrat setzt auf Verhandlungen mit der EU* (Artikel vom 12.2.2015) <http://www.nzz.ch/schweiz/bundesrat-praesentiert-vorlage-zur-umsetzung-masseneinwanderung-1.18480686>

Keller-Sutter, K.(8.9.2014) Interpellation: Neutralität als Chance und Notwendigkeit für die Schweiz im veränderten internationalen Umfeld

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143676

Nachrichtendienst des Bundes (2013) *Lagerbericht der Schweiz*

http://www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/documentation/publication/snd_publ.parsys.14751.downloadList.49005.DownloadFile.tmp/ndblagebericht2013d.pdf

6 Anhang

6.1 Interview mit Korpskommandant Aldo C. Schellenberg

Patriotisch Liberal - zwei Gegensätze oder das Schweizer Ideal?

Interview

Ich danke Ihnen recht herzlich, dass Sie sich Zeit nehmen, um meine Fragen zu meiner Interdisziplinären Arbeit am Sportgymnasium zu beantworten. Ich würde gerne untersuchen, ob eine politische Ausrichtung aus zwei Ausrichtungen, die sich als Gegensätze anhören, sich als Schweizer Ideal herausstellen könnte. Die Hauptfrage meiner Arbeit lautet, ob es möglich ist, die Schweizer Souveränität und Freiheit zu bewahren, ohne Einschränkungen im wirtschaftlichen Bereich riskieren zu müssen. Sollten Ihnen gewisse Fragen zu persönlich sein, können Sie diese gerne überspringen.

Allgemein

Was geht Ihnen durch den Kopf, wenn sie Patriotisch Liberal als politische Ausrichtung hören? Wie würden Sie die politische Positionierung dieses Begriffes einschätzen?

Patriotisch heisst vaterlandsliebend. Dies bedeutet letztlich das Streben nach Erhalt der Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit des Landes. Mit Sicherheit ist sowohl innere wie äussere Sicherheit gemeint.

Vgl. Art. 2 der Bundesverfassung:

„Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.

Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.

Sie sorgt für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern.“

Politisch liberal bedeutet letztlich die Betonung der klassischen freiheitlichen Grundrechte und -pflichten: Eigenverantwortung, Eigentumsgarantie, Versammlungsfreiheit, Vertragsfreiheit und direkte Demokratie.

Damit verbunden ist auch die Haltung, dass alle Macht beim Volk ist und alles staatliche Handeln (Kantone und Bund) nur subsidiär und aufgrund föderalistischer Delegationen zu erfolgen hat.

Denken Sie persönlich, dass diese Begriffe gegensätzlich sind oder sich als optimale politische und wirtschaftliche Ausrichtung für die Schweiz auswirken könnten?

Die Begriffe ergänzen sich optimal.

Ihre Kombination ergibt die Rolle des Einzelnen in Staat und Gesellschaft wie in Art. 6 der Bundesverfassung beschrieben:

„Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.“

Aber auch die Rolle des Staates wie in Art. 5a der Bundesverfassung beschrieben:

„Bei der Zuweisung und Erfüllung staatlicher Aufgaben ist der Grundsatz der Subsidiarität zu beachten.“

Wie würden Sie Ihre eigene politische Einstellung definieren? Wie würde sich diese von einer patriotisch liberalen Ausrichtung differenzieren?

Durchaus genau so: patriotisch-liberal.

Wäre es Ihrer Meinung nach möglich, mit einer patriotisch liberalen Haltung weiterhin die Schweizer Souveränität zu bewahren und dennoch eine florierende Wirtschaft gestalten zu können?

Selbstverständlich. Dies ist geradezu Voraussetzung dafür.

Wären Sie bereit, auf einen gewissen Wohlstand zu verzichten, um die Schweizer Souveränität zu bewahren?

Dies ist nicht notwendig. Die Schweiz ist traditionell nationalkonservativ und weltoffen zugleich. Es sind die Erfolgsfaktoren für wirtschaftliche Prosperität.

EU/ Demokratie

Wie ist Ihre Einstellung gegenüber der EU, was denken Sie vom gesamten Aufbau und der Funktion?

Die EU ist ein zentralistisches, verwaltungsdominiertes Konstrukt, (durchaus visionärer) Berufspolitiker ohne basisdemokratische Entscheidungsmechanismen (im schweizerischen Sinne.) Endziel der EU eine politische, ökonomische und militärische Vereinigung Europas („Vereinigte Staaten von Europa“).

Den Ausgangspunkt der europäischen Vereinigungspolitik bildete kurz nach Kriegsende das Bestreben, den Wiederaufbau Westeuropas zu fördern und durch wirtschaftliche Vernetzungen einen neuerlichen Krieg endgültig zu verhindern:

- *1951 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS),*
- *1957 Römer Vertrag und Begründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG),*
- *1965 Zusammenfassung von. EGKS, EWG und Euratom zur Europäischen Gemeinschaft (EG),*
- *1979 Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS),*
- *1992 Maastrichter Vertrag über die Europäische Union (EU) und damit Ergänzung der rein wirtschaftlichen Zielsetzung des Römervertrags von 1957 mit der Zielsetzung einer politischen Union,*
- *2000 EU-Gipfel von Nizza mit Konkretisierung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.*

Der aktuelle Stand der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist in Art. 42 des EU-Vertrages (EUV) geregelt:

(1) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit. Auf diese kann die Union bei Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zurückgreifen. Sie erfüllt diese Aufgaben mit Hilfe der Fähigkeiten, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden.

(2) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union. Diese führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat dies einstimmig beschlossen hat. Er empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen Beschluss in diesem Sinne im Einklang mit ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften zu erlassen.

(3) Die Politik der Union nach diesem Abschnitt berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der

Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) verwirklicht sehen, aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

(4) Die Mitgliedstaaten stellen der Union für die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zivile und militärische Fähigkeiten als Beitrag zur Verwirklichung der vom Rat festgelegten Ziele zur Verfügung. Die Mitgliedstaaten, die zusammen multinationale Streitkräfte aufstellen, können diese auch für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung stellen.

(5) Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Die Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (im Folgenden "Europäische Verteidigungsagentur") ermittelt den operativen Bedarf und fördert Maßnahmen zur Bedarfsdeckung, trägt zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors bei und führt diese Maßnahmen gegebenenfalls durch, beteiligt sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung und unterstützt den Rat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten.

(6) Beschlüsse zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einschließlich der Beschlüsse über die Einleitung einer Mission nach diesem Artikel, werden vom Rat einstimmig auf Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik oder auf Initiative eines Mitgliedstaats erlassen. Der Hohe Vertreter kann gegebenenfalls gemeinsam mit der Kommission den Rückgriff auf einzelstaatliche Mittel sowie auf Instrumente der Union vorschlagen.

(7) Der Rat kann zur Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen eine Gruppe von Mitgliedstaaten mit der Durchführung einer Mission im Rahmen der Union beauftragen. Die Durchführung einer solchen Mission fällt unter Artikel 44.

(8) Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander weiter gehende Verpflichtungen eingegangen sind, begründen eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union. Diese Zusammenarbeit erfolgt nach Maßgabe von Artikel 46. Sie berührt nicht die Bestimmungen des Artikels 43.

(9) Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.

(10) Die Verpflichtungen und die Zusammenarbeit in diesem Bereich bleiben im Einklang mit den im Rahmen der Nordatlantikvertrags-Organisation eingegangenen Verpflichtungen, die für die ihr angehörenden Staaten weiterhin das Fundament ihrer kollektiven Verteidigung und das Instrument für deren Verwirklichung ist.

Keines dieser Ziele kann ich persönlich mittragen.

Würden Sie die Regierungssysteme innerhalb der EU z.B. in Deutschland oder Frankreich als richtige Demokratien bezeichnen?

Selbstverständlich. Es gibt viele Arten von Demokratien. Die Schweizer Form ist die sog. Direkte Demokratie, in der das Volk auch Sachentscheide auf allen Stufen fällt. Dies ist den meisten Staaten der EU fremd. Sie setzen auf repräsentative oder parlamentarische Demokratien.

Beide Systeme (direkte Demokratie / parlamentarische Demokratie) haben Vorteile und Nachteile.

Gefährden die Systeme in unseren Nachbarländern in Ihren Augen unsere direkte Demokratie?

Die Systeme unserer Nachbarländer, bedrohen die direkte Demokratie der Schweiz letztlich nicht. Was mich als Schweizer Bürger beunruhigt, ist das Konzept der EU, ihre Rechtsordnung auf dem Weg einer „automatischen Rechtsanpassung“, also ohne direktdemokratische Einflussmöglichkeiten auch auf nicht-EU-Staaten ausdehnen zu wollen.

Ist für Sie die direkte Demokratie ein wirtschaftsfördernder oder ein wirtschaftsgefährdender Faktor?

Sie ist ein wirtschaftsfördernder Faktor, weil die direkte Demokratie eine politisch/rechtlich/ökonomisch stabilisierende Funktion hat.

Rechtssicherheit und politisch/ökonomische Stabilität sind für nachhaltige wirtschaftliche Prosperität entscheidende Faktoren.

Parlamentarische Demokratien tendieren zu Regierungs/Oppositions-Konstellationen mit wechselnden Mehrheiten. Dadurch kann die für langfristige Standorts- und Investitions-

Entscheidungen zwingend notwendige politisch/ökonomisch/rechtliche Stabilität verloren gehen.

Sicherheit

Wäre es sinnvoll, mehr Geld in die Sicherheit unseres Landes zu investieren, um es unabhängiger zu gestalten und gleichzeitig den Wirtschaftsplatz Schweiz attraktiver zu machen?

Art. 2 Abs. 1 Bundesverfassung: „Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.“

Die Garantie der äusseren Sicherheit ist die Grundaufgabe jedes Staates.

Sicherheit ohne Freiheit ist Diktatur. Freiheit ohne Sicherheit ist Anarchie.

Art. 2 Abs. 3 Bundesverfassung: „Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.“

Für wirtschaftliche Wohlfahrt, inneren Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung ist innere und äussere Sicherheit von zentraler Bedeutung: Sicherheit ist die Basis von allem.

Sicherheit ist nicht alles – aber ohne Sicherheit ist alles nichts.

Sicherheit ist nicht gratis zu haben und die Armee ist in der Schweiz die einzige strategische Reserve zur Wahrung der Sicherheit und der Resilienz unsers (Wirtschafts-)Standortes.

In den letzten 20 Jahren wurde die Armee als finanzieller Steinbruch für die übrigen, stark wachsenden Staatsaufgaben gebraucht: Während sich seit 1990 das Bundesbudget ca. verdoppelt hat, sind die Ausgaben für die Sicherheit nominal knapp gleich geblieben. Real sind sie um fast 40 Prozent gesunken.

Dieser Trend muss zwingend umgedreht werden. Die Armee ist sonst nicht in der Lage, die Truppen vollständig auszurüsten und obsoletes Material nachhaltig zu ersetzen.

Für die aktuell geplante Armeereform sind faktisch 5,4 Milliarden CHF p.a. notwendig. Zur Zeit sind politisch nicht einmal 5,0 Milliarden CHF p.a. gesichert. Wenn Leistungsauftrag und dafür zur Verfügung gestellte Ressourcen mittelfristig nicht im Einklang sind, muss der Leistungsauftrag angepasst werden.

Glauben Sie, eine stärkere Armee würde dem Wirtschaftsstandort Schweiz von Nutzen sein oder ihn eher schwächen?

Völkerrechtlich ist die Schweiz zur bewaffneten Neutralität verpflichtet.

Die Armee muss in der Lage sein, den in der Bundesverfassung umschriebenen Auftrag zu erfüllen:

Art. 58 Abs. 2 BV: „Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Das Gesetz kann weitere Aufgaben vorsehen.“

Die Armee ist zur Zeit nicht in der Lage, diese Aufträge vollumfänglich zu erfüllen. Beispielsweise kann der Luftpolizeidienst in Krisen und bei Spannungen (2 oder 4 Kampfflugzeuge permanent in der Luft) nur über eine sehr beschränkte Zeit aufrecht erhalten werden. 32 moderne Kampfflugzeuge genügen dafür nicht. Die Verteidigung des Luftraums ist noch anspruchsvoller.

Die sinkenden Bestände an Truppen, Ausrüstungen und Infrastruktur führen auch zu sinkenden Bestellungen in der schweizerischen (Rüstungs)-Industrie (investiv aber auch after sales).

Dies allein schwächt den Industriestandort Schweiz im Bereich zukunftsgerichteter, moderner und hoch wertschöpfender Technologien. Damit leidet die gesamte industrielle Wettbewerbsfähigkeit.

Abschluss

Welche Bereiche würden Sie besonders fördern, um das Wohl der Schweiz zu fördern, wenn die Entscheidung über den Staatshaushalt bei Ihnen liegen würde?

Es geht nicht darum, verschiedene Aufgabenbereiche des Staates gegeneinander auszuspielen.

Vielmehr muss im Rahmen der Legiferierung laufend die Frage beantwortet werden, ob der Staat tatsächlich noch nach dem verfassungsmässigen Grundsatz der Subsidiarität funktioniert.

In diesem Sinne muss die wachsende Staatsquote laufend hinterfragt werden und eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben des Staates im Sinne von Art. 2 BV erfolgen.

Was ist Ihrer Meinung nach der Hauptgrund für den Erfolg der Schweiz, seit sie in ihrer heutigen Form existiert?

Die (bröckelnde) patriotisch-liberale Politikultur in der Schweiz.

Herzlichen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben.

6.2 Interview mit FDP-Ständerat Martin Schmid

Patriotisch Liberal - zwei Gegensätze oder das Schweizer Ideal?

Interview

Ich danke Ihnen recht herzlich, dass Sie sich Zeit nehmen, um meine Fragen zu meiner Interdisziplinären Arbeit am Sportgymnasium zu beantworten. Ich würde gerne untersuchen, ob eine politische Ausrichtung aus zwei Ausrichtungen, die sich als Gegensätze anhören, sich als Schweizer Ideal herausstellen könnte. Die Hauptfrage meiner Arbeit lautet, ob es möglich ist, die Schweizer Souveränität und Freiheit zu bewahren, ohne Einschränkungen im wirtschaftlichen Bereich riskieren zu müssen. Sollten Ihnen gewisse Fragen zu persönlich sein, können Sie diese gerne überspringen.

Allgemein

Was geht Ihnen durch den Kopf, wenn sie Patriotisch Liberal als politische Ausrichtung hören? Wie würden Sie die politische Positionierung dieses Begriffes einschätzen?

Für mich ist das eine Stossrichtung, die sich gegen übermässige Einschränkungen und Regulierung ausspricht, aber auch die traditionellen staatspolitischen Werte hochhält, ohne konservativ zu sein.

Denken Sie persönlich, dass diese Begriffe gegensätzlich sind oder sich als optimale politische und wirtschaftliche Ausrichtung für die Schweiz auswirken könnten?

In jedem Fall ist das eine erfolgreiche Positionierung. Diese Begriffe bilden das Erfolgsmodell Schweiz ab: vorwärtsgerichtet, ohne übermässige staatliche Einschränkungen, aber auch den Föderalismus hochhalten, der durchaus ein patriotisches Modell enthält.

Wie würden Sie Ihre eigene politische Einstellung definieren? Wie würde sich diese von einer patriotisch liberalen Ausrichtung differenzieren?

Ich bin zur FDP gekommen, als sie noch den Slogan „weniger Staat, mehr Freiheit“ propagierte. Insoweit bin ich sicher ein Liberaler, der sich gegen übermässige staatliche Eingriffe ausspricht, aber auch mit einem gewissen Hang zum Konservatismus, soweit es staatliche Institutionen und das Verhältnis zwischen den Staatsebenen angeht.

Wäre es Ihrer Meinung nach möglich, mit einer patriotisch liberalen Haltung weiterhin die Schweizer Souveränität zu bewahren und dennoch eine florierende Wirtschaft gestalten zu können?

Ja, uneingeschränkt! Patriotisch heisst nicht, keine Veränderungen vorzunehmen, auch im internationalen Verhältnis. Zum Bsp. können diesbezüglich Freihandelsabkommen erwähnt werden.

Wären Sie bereit, auf einen gewissen Wohlstand zu verzichten, um die Schweizer Souveränität zu bewahren?

Wohlstand ist nur ein Element, staatliche Mitbestimmung und Bürgerrechte sind weitere Elemente. Da nur nach einer Wohlstandseinbusse gefragt wird, würde ich die Frage eher mit Ja beantworten, wenn in den anderen Bereichen ein positives Ergebnis erzielbar ist.

EU/ Demokratie

Wie ist Ihre Einstellung gegenüber der EU, was denken Sie vom gesamten Aufbau und der Funktion?

Die EU ist aus meiner Sicht heute ein technokratisches, von den Bürgern entferntes Politprojekt der europäischen Politelite, mit historisch durchaus beachtenswerten Zielen und diesbezüglich einer erfolgreichen Umsetzung, nämlich der Friedenserhaltung in Europa. Ansonsten fehlt mir die Bürgernähe, die Mitbestimmungsrechte und ich sehe mehr Nach- als Vorteile, wenn auch die Schweiz der EU beitreten würde.

Würden Sie die Regierungssysteme innerhalb der EU z.B. in Deutschland oder Frankreich als richtige Demokratien bezeichnen?

Was genau eine Demokratie ist, wird sehr unterschiedlich beurteilt. Ja, es sind demokratische Systeme, zweifellos, aber nicht dergestalt, wie wir Schweizer das aus unserer Sicht kennen.

Gefährden die Systeme in unseren Nachbarländern in Ihren Augen unsere direkte Demokratie?

Nein, wir sehen ja auch, welches die Nachteile dieser Systeme sind.

Ist für Sie die direkte Demokratie ein wirtschaftsfördernder oder ein wirtschaftsgefährdender Faktor?

Rein aus historischer Sicht gesehen ein wirtschaftsfördernder; ob das auch zukünftig so bleibt, ist offen zu lassen.

Sicherheit

Wäre es sinnvoll, mehr Geld in die Sicherheit unseres Landes zu investieren, um es unabhängiger zu gestalten und gleichzeitig den Wirtschaftsplatz Schweiz attraktiver zu machen?

Nein.

Glauben Sie, eine stärkere Armee würde dem Wirtschaftsstandort Schweiz von Nutzen sein oder ihn eher schwächen?

Nein.

Sollte vermehrt um Grossanlässe geworben werden, was mit hohen Sicherheitskosten verbunden ist, um für Firmen das Land attraktiver zu machen?

Ja, diese Anlässe haben auch eine grosse Breitenwirkung; für die Sicherheit ist die Polizei in erster Linie zuständig, und nicht die Armee. Sicherheit ist eine der Kernaufgaben des Staats.

Abschluss

Welche Bereiche würden Sie besonders fördern, um das Wohl der Schweiz zu fördern, wenn die Entscheidung über den Staatshaushalt bei Ihnen liegen würde?

Ich würde versuchen, weniger zentralistisch, weniger dirigistisch und mehr föderalistisch in allen Bereichen zu handeln, weil ich überzeugt bin, dass so schneller auf sich abzeichnende Veränderungen reagiert werden kann. Zudem sind für mich Menschen, die mehr Möglichkeiten haben, innovativer. Ich würde insbesondere dafür sorgen, dass der Staatsbereich nicht über Hand nimmt.

Was ist Ihrer Meinung nach der Hauptgrund für den Erfolg der Schweiz, seit sie in ihrer heutigen Form existiert?

Ein Kleinstaat, der sich föderalistische Strukturen gegeben hat und eine starke Mitbestimmung auf Stufe Gemeinde, Kanton und Bund vorsieht und jede Staatsebene ihre Ausgaben selbst finanzieren muss, aber auch die Offenheit gegenüber dem Ausland, jeweils eine pragmatische Lösung anzustreben, ohne die Souveränität aufzugeben.

Herzlichen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben.

6.3 Interview mit SVP-Nationalrat Lukas Reimann

Patriotisch Liberal - zwei Gegensätze oder das Schweizer Ideal?

Interview

Ich danke Ihnen recht herzlich, dass Sie sich Zeit nehmen, um meine Fragen zu meiner interdisziplinären Arbeit am Sportgymnasium zu beantworten. Ich würde gerne untersuchen, ob eine politische Ausrichtung aus zwei Ausrichtungen, die sich als Gegensätze anhören, sich als Schweizer Ideal herausstellen könnte. Die Hauptfrage meiner Arbeit lautet, ob es möglich ist, die Schweizer Souveränität und Freiheit zu bewahren, ohne Einschränkungen im wirtschaftlichen Bereich riskieren zu müssen. Sollten Ihnen gewisse Fragen zu persönlich sein, können Sie diese gerne überspringen.

Allgemein

Was geht Ihnen durch den Kopf, wenn sie Patriotisch Liberal als politische Ausrichtung hören? Wie würden Sie die politische Positionierung dieses Begriffes einschätzen?

Patriotisch Liberal wird im deutschsprachigen Raum auch als Nationalliberal bezeichnet. Nationalliberale bildeten sich bereits im 19. Jahrhundert im Streben nach individueller Freiheit (Liberalismus) und nationaler Souveränität (Patriotismus). Auch heute noch gibt es Vereine wie den rechtsliberalen Stresemann-Club, die sich dieser Tradition verpflichtet fühlen: <https://rechtsliberale.wordpress.com/grundsätze/>

Im angelsächsischen Raum spricht man eher von libertarian patriotism. Auch hier gibt es eine traditionelle Strömung, welche sich für individuelle Freiheit und nationale Souveränität einsetzt, in den USA beispielsweise rund um die Präsidentschaftskandidaten Ron Paul bzw. Rand Paul der Republikaner oder in England gewisse Strömungen der UKIP von Nigel Farage.

Auch in der Schweiz können Organisationen wie das Liberale Institut (www.libinst.ch), die Zürcherin (www.zuercherin.com) oder der Hayek-Club (<http://hayekianer.ch/>) als rechtslibertär angeschaut werden.

Denken Sie persönlich, dass diese Begriffe gegensätzlich sind oder sich als optimale politische und wirtschaftliche Ausrichtung für die Schweiz auswirken könnten?

Die beiden Begriffe widersprechen sich nicht. Das Erfolgsmodell Schweiz basiert auf Freiheit (Liberalismus) und Souveränität (Patriotismus). Zwar handeln wir erfolgreich mit der ganzen Welt und haben auch im eigenen Land deutlich weniger Regulierungen, Abgaben, Steuern und Gesetze als die meisten Staaten der Welt. Trotzdem betonen wir aber auch unsere Direkte Demokratie, Unabhängigkeit und Neutralität.

Wie würden Sie Ihre eigene politische Einstellung definieren? Wie würde sich diese von einer patriotisch liberalen Ausrichtung differenzieren?

Wäre es Ihrer Meinung nach möglich, mit einer patriotisch liberalen Haltung weiterhin die Schweizer Souveränität zu bewahren und dennoch eine florierende Wirtschaft gestalten zu können?

Auf jeden Fall! Es ist ein grosser Unterschied, ob wir uns für wirtschaftlichen Handel einsetzen (was wir tun, wir haben auch alle Freihandelsabkommen unterstützt im Gegensatz zu den Linken) im Rahmen der EFTA oder WTO/GATT oder ob wir politische Einmischungen zulassen, welche die Souveränität tangieren.

Wären Sie bereit, auf einen gewissen Wohlstand zu verzichten, um die Schweizer Souveränität zu bewahren?

Die Souveränität stärkt den Wohlstand. So ist es wirtschaftlich ein ganz entscheidender Vorteil, dass wir weniger Regulierungen und tiefere staatliche Abgaben haben als andere Staaten. Auch mit einem EU-Beitritt würden wir unseren Wohlstand als Nettozahler massiv mindern.

EU/ Demokratie

Wie ist Ihre Einstellung gegenüber der EU, was denken Sie vom gesamten Aufbau und der Funktion?

Wir Schweizer haben ein Interesse an einem erfolgreichen Europa. Doch die EU schwächt Europa. Ein grosser Vorteil von Europa gegenüber anderen Kontinenten war die Vielfalt. Der Wettbewerb der Ideen und Systeme zwischen den Staaten. Inzwischen versucht die EU mit dem Lissabon-Vertrag, der Einheitswährung und der immer stärkeren Regulierung und Bürokratisierung ein vereinheitlichter Monster-Staat zu werden. Damit geht jede Flexibilität verloren, eine Politik für das Volk in den einzelnen Staaten zu machen. Über 80% der politischen Entscheide über EU-Staaten werden heute in Brüssel gefällt.

Würden sie die Regierungssysteme innerhalb der EU z.B. in Deutschland oder Frankreich als richtige Demokratien bezeichnen?

Frankreich oder Deutschland als Nationalstaaten ja. Die EU aber ist nicht demokratisch. Nicht erst seit der Griechenlandkrise ist klar, dass es so nicht weitergehen kann. Die Osterweiterung verschlingt Milliarden, obwohl zahlreiche alte EU-Staaten schon massiv überschuldet sind. Noch ist jeder Ballon, den man zu stark aufgeblasen hat, geplatzt. Wir erleben heute eine zentralistische EU mit einer Regelungswut, die so nicht bleiben kann. Es muss nicht alles in Brüssel geregelt werden, was die Menschen vor Ort besser machen können. Die Staaten müssen ihre Selbstständigkeit bewahren. Möge aus der Konkursmasse ein Europa der Demokratien, ein Europa der Vielfalt und ein Europa der Menschen erstehen, dessen Völker partnerschaftlich, doch selbstbestimmt zusammenarbeiten!

Gefährden die Systeme in unseren Nachbarländern in Ihren Augen unsere direkte Demokratie?

Ja, je mehr wir uns annähern! Als Schweiz haben wir jedoch die Möglichkeit zu zeigen, dass es ohne EU besser geht und dass es Alternativen gibt. Das tun wir. In den verschiedensten Statistiken bezüglich Innovationskraft, Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit, geringe Schuldenlast, Stabilität und vieles mehr überflügeln wir die EU bei weitem. Einen vernünftigen Grund der EU beizutreten gibt es nicht! Im Gegenteil: Als EU-Mitglied würden wir zum Nettozahler eines maroden Konstrukts und die einmaligen Volksrechte würden reine Makulatur.

Es gibt überhaupt keine Notwendigkeit, die Schweiz immer näher an die EU hinzuführen und alle EU-Gesetze zu übernehmen. Wir sind frei, bessere Lösungsvorschläge zu bringen. EU-Turbos möchten am liebsten jeden EU-Entscheid gleich nachvollziehen, um so EU-Beitrittschürden abzubauen und den schleichenden Beitritt voranzutreiben. Sie wissen, dass ein EU-Beitritt in der Volksabstimmung keine Chance hätte, also versuchen sie es über Umwege.

Ist für Sie die direkte Demokratie ein wirtschaftsfördernder oder ein wirtschaftsgefährdender Faktor?

Direkte Demokratie fördert die Wirtschaft. Verschiedene Studien belegen, dass z.B. dank dem Finanzreferendum Volksentscheide zu tieferen Staatsausgaben und tieferen Steuern führen. Das stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Sicherheit

Wäre es sinnvoll, mehr Geld in die Sicherheit unseres Landes zu investieren, um es unabhängiger zu gestalten und gleichzeitig den Wirtschaftsplatz Schweiz attraktiver zu machen?

Ja, Stabilität und Sicherheit sind wichtige Erfolgsfaktoren für den Wirtschaftsfaktor Schweiz.

Glauben Sie, eine stärkere Armee würde dem Wirtschaftsstandort Schweiz von Nutzen sein oder ihn eher schwächen?

Gerade in weltweit unsicheren Zeiten und anlässlich der weltweiten Unsicherheiten sorgt eine starke Armee auch für Wohlstand und Wirtschaftlichkeit

Sollte vermehrt um Grossanlässe geworben werden, was mit hohen Sicherheitskosten verbunden ist, um für Firmen das Land attraktiver zu machen?

Gute Idee!

Abschluss

Welche Bereiche würden Sie besonders fördern, um das Wohl der Schweiz zu fördern, wenn die Entscheidung über den Staatshaushalt bei Ihnen liegen würde?

Keine! Ich würde hauptsächlich streichen, damit den Menschen und den Unternehmen mehr Geld zum Leben bzw. zum Investieren bleibt. Eine bessere Wohlförderung gibt es nicht.

Was ist Ihrer Meinung nach der Hauptgrund für den Erfolg der Schweiz, seit sie in ihrer heutigen Form existiert?

Die Schweiz ist aus dem unbändigen Drang unserer Vorfahren nach Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung entstanden. Diese Werte bilden auch die Grundlage für die Erfolgsgeschichte unseres Landes. Patriotismus und Freiheit machen die moderne, erfolgreiche Schweiz aus!

Herzlichen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben.